

Beschlussübersicht

über die 20. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft -Videokonferenz- am Donnerstag, den 18.03.2021, Forum am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle.

Sitzungsnummer: AFuW/025/2021
Öffentliche Sitzung: 19:03 Uhr bis 22:11 Uhr

TOP 6 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Melle über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2019
Vorlage: 01/2021/0104

Abstimmung: einstimmig empfohlen Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschlussvorschlag:

Gemäß § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird der Jahresabschluss der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2019 wie folgt beschlossen (sh. Anlage 1)

Gemäß § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird dem Bürgermeister für die Haushaltsrechnung der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses wird in voller Höhe den bestehenden Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Der Jahresfehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses wird in voller Höhe mit den bestehenden Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses verrechnet.

TOP 7 Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses 2019 der Stadt Melle
Vorlage: 01/2021/0105

Abstimmung: einstimmig empfohlen Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Melle nimmt den Konsolidierten Gesamtabchluss 2019 des Konzerns Stadt Melle sowie den Prüfungsbericht über die Prüfung des Abschlusses zur Kenntnis.

Gemäß § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird der Gesamtabchluss der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2019 wie folgt beschlossen (sh. Anlage 1).

TOP 10 Interkommunale Kooperation zur Klärschlamm-trocknung
Vorlage: 01/2021/0097

Abstimmung: auf Abstimmung verzichtet

Mit 8 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen wurde mehrheitlich entschieden, die Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt auf den Verwaltungsausschuss und den Rat zu verschieben. Auf eine Abstimmung im Finanzausschuss wurde daher verzichtet.

TOP 10.1 Interkommunale Kooperation zur Klärschlamm-trocknung; Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 03.03.2021
Vorlage: 01/2021/0097/1

Abstimmung: auf Abstimmung verzichtet

Mit 8 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen wurde mehrheitlich entschieden, die Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt auf den Verwaltungsausschuss und den Rat zu verschieben. Auf eine Abstimmung im Finanzausschuss wurde daher verzichtet.

TOP 11 Antrag der CDU Stadtratsfraktion auf Umsetzung von Rathaustreppkonzerten für das Jahr 2021
Vorlage: 01/2021/0112

Abstimmung: einstimmig empfohlen Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die CDU Stadtratsfraktion hat mit Schreiben vom 03.03.2021 folgenden Antrag gestellt:

Die erfolgreichen Rathaustreppkonzerte aus dem von der Corona Pandemie geprägten Jahr 2020 sollen auch im Jahr 2021 stattfinden und weiter ausgebaut werden. Mittel in Höhe von 10.000 Euro sollen für das laufende Jahr 2021 eingeplant und im Haushalt eingestellt werden. Eine entsprechende Darstellung im Haushaltsentwurf ist vorzunehmen. Die Zuständigkeit und Verantwortung liegt beim Amt für Kultur und Tourismus.

TOP 12 Antrag zur Aufnahme und Bereitstellung von Mitteln in den Haushaltsplan 2021/22
Vorlage: 01/2021/0092/4

Abstimmung: einstimmig empfohlen Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die SPD-Stadtratsfraktion hat mit Schreiben vom 10.03.2021 folgenden Antrag gestellt:

Die SPD- Stadtratsfraktion beantragt die Bereitstellung von Mitteln im Haushaltsplan 2021/22:

1. Für die Nutzbarmachung der Dachfläche des neuerstellten Kindergartengebäudes in Oldendorf fordern wir die Bereitstellung der notwendigen Mittel.

2. Für das Produkt Wohnbauförderung (522-01) beantragen wir die Einstellung von Haushaltsmitteln von jeweils 100.000,- Euro für die Haushaltsjahre 2021 und 2022.

TOP 13 Antrag Erhöhung des Haushaltsansatzes "Anschaffung von Spielgeräten"
Vorlage: 01/2021/0092/3

Abstimmung: einstimmig empfohlen Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die SPD-Stadtratsfraktion hat mit Schreiben vom 10.03.2021 folgenden Antrag gestellt:

Die SPD- Stadtratsfraktion beantragt für die 102 städtischen Spielplätze im Gebiet der Stadt Melle den jährlichen Haushaltsansatz "Anschaffung von Spielgeräten" von 30.000€ auf 50.000€ zu erhöhen.

TOP 14 Antrag CDU/FDP-Gruppe: Aufhebung der Straßenausbaubeitragsatzung, Festlegung von Ausbaustandards, Erstellung Prioritätenliste für Straßenausbauten nebst Klärung von Erschließungsbeitragspflichten u. ein Moratorium für Straßenausbau
Vorlage: 01/2021/0010

Abstimmung: siehe Protokoll

In der Sitzung wurde der Antrag gestellt, über jeden der im Beschlussvorschlag aufgeführten Punkte einzeln abstimmen zu lassen. Diesem Antrag wurde einstimmig entsprochen. Die Abstimmung erfolgte dann wie folgt:

- Punkt 1.: einstimmig empfohlen (11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)
- Punkt 2.: einstimmig empfohlen (11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)
- Punkt 3.: mehrheitlich empfohlen (9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)
- Punkt 4.: mehrheitlich empfohlen (9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Die ergänzenden Hinweise der CDU/FDP Fraktion zur Auslegung des Beschlussvorschlages sind Bestandteil des Beschlusses.

Beschlussvorschlag:

Die CDU/FDP-Gruppe hat mit Schreiben vom 28. Dezember 2020 folgenden Antrag gestellt:

Der Rat der Stadt Melle möge in seiner nächsten Sitzung folgenden Beschluss fassen:

1. Die Satzung der über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Melle wird aufgehoben. Hierfür beschließt der Rat der Stadt Melle die dem Antrag der UWGFraktion vom 27.02.2020 beigefügte Aufhebungssatzung.
2. Der Rat der Stadt Melle setzt eine Arbeitsgruppe ein, die folgende Zielsetzungen hat:
 - a) die Erarbeitung von einheitlichen Standards für zukünftig auszubauende Stadtstraßen;
 - b) die Erarbeitung von Kriterien für eine Prioritätenliste für den Ausbau städtischer Straßen;
 - c) die Erarbeitung einer konkreten Prioritätenliste für den zukünftigen Ausbau von Stadtstraßen sowie vorgelagert die Erarbeitung von tauglichen Kriterien, unter denen insbesondere der aktuelle Zustand der jeweiligen Straße unter besonderer Berücksichtigung etwaiger aktueller Sicherheitsrisiken durch Beschädigungen, ihre

Nutzungsintensität und ihre Relevanz für die Schulwege Beachtung finden.

3. Neben der Erstellung einer Prioritätenliste wird die Verwaltung beauftragt, eine Auflistung aller Straßen im Stadtgebiet zu erstellen, die noch nicht ersterschlossen und damit ggf. erschließungsbeitragspflichtig wären.
4. Der Rat der Stadt beschließt zunächst ein Moratorium für alle derzeit für den Ausbau geplanten Straßenausbaumaßnahmen, die sich noch nicht in der Umsetzung befinden. Nach Definition der Ziele gem. Ziff. 2 werden dann die Maßnahmen nach der Prioritätenliste abgearbeitet. Sämtliche Maßnahmen stehen dabei grundsätzlich unter einem Finanzierungsvorbehalt.

**TOP 15.1 Haushalt 2021 / 2022 incl. mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplanung
2019 - 2025 (Ergänzung vom 12.03.2021)
Vorlage: 01/2021/0092/2**

Abstimmung: mit Änderung einstimmig empfohlen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Der Beschlussvorschlag bezieht sich auf die Änderungen, die durch die Verwaltung vorgeschlagen wurden inkl. des interfraktionellen Änderungspapiers mit dem Szenario A.

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzungen 2021 / 2022 werden in der beigefügten Fassung (Anlage 1) beschlossen.